

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

30.1.1888 (No. 30)

Karlsruher Zeitung.

Montag, 30. Januar.

N^o 30.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 30. Januar.

Die Kommission des Reichstags für die Wehrpflichtvorlage hat das Gesetz in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen. Der Kommissionsbericht soll morgen festgestellt werden. Man darf erwarten, daß dieser einstimmige Beschluß der Kommission auch dem Auslande gegenüber seinen Eindruck nicht verfehlt und, indem er die Einmüthigkeit des deutschen Volkes manifestiert, zur Vertheidigung des Vaterlandes und seiner Interessen jedes Opfer zu bringen, eine neue Bürgschaft des Friedens schafft. Die einstimmige Annahme der Vorlage in der Kommission bildet eine bedeutungsvolle Bestätigung dessen, was der „Daily Telegraph“ in seinem Artikel über die deutsche Wehrpflichtvorlage gesagt hat: daß die Deutschen vorbereitet seien, das Jährige nach besten Kräften, gleichviel mit welchen Opfern an Geld und Blut zu vertheidigen. Der Kommissionsbeschluß muß deshalb allen deutschen Patrioten, aber auch allen Freunden des Friedens außerhalb Deutschlands zur Befriedigung reichen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Reichstag bis auf die verschwindende Minorität der sozialdemokratischen Stimmen dem Beschlusse seiner Kommission Gesetzeskraft verleihen wird.

Deutschland.

* Berlin, 29. Jan. Seine Majestät der Kaiser empfing gestern Vormittag den Generalintendanten der Königl. Schauspiele, Grafen Hochberg, zur Vortragsabstimmung. Um 12 Uhr ließ der Kaiser sich im Beisein des Generals v. Albedyll, des Generals v. Streuberg und des Obersten v. Rheinbaben die im Frühjahr in die Armee eintretenden Kadetten vorstellen. Darnach arbeitete Seine Majestät mit dem General v. Albedyll. Um 4 Uhr erschien der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Herbert Bismarck, zum Vortrage.

— Aus San Remo berichten hiesige Blätter, daß Seine Königliche Hoheit der Großherzog von Hessen und die Prinzessin Irene daselbst eingetroffen und von Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin und den Prinzessinnen-Töchtern am Bahnhof empfangen worden sind, während Prinz Heinrich dem Großherzog und seiner erlauchten Braut bis Mailand entgegengefahren war. Das Befinden Ihrer Kaiserlichen Hoheit der Kronprinzessin ist ein durchaus zufriedenes.

— Seine Königliche Hoheit der Prinz Wilhelm verabschiedete sich heute von seinem Regiment und übergab dasselbe seinem Nachfolger, dem General Gottberg.

— Seine Durchlaucht der Fürst Bismarck ist mit seiner Gemahlin gestern Abend nach 9 Uhr aus Friedrichsruhe hier eingetroffen.

— Im Reichstag erklärte Dr. Marquardsen bei der gestrigen Berathung des Sozialistengesetzes, die National-liberalen würden einstimmig für die zweijährige Verlängerung des unveränderten bisherigen Gesetzes stimmen. Abg. Roszjelski sprach gegen das Gesetz.

— Die Reichstagskommission für die Gesetzesvorlage, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfindenden Gerichtsverhandlungen betreffend, hat den § 195 des Gesetzesentwurfs folgendermaßen gefaßt: „Bei der Berathung und Abstimmung dürfen außer den zur Entscheidung berufenen Richtern nur die bei demselben Gerichte zu ihrer juristischen Ausbildung beschäftigten Personen zugegen sein, soweit der Vorsitzende deren Anwesenheit gestattet.“ Durch diese Fassung soll insbesondere vollkommen klar gestellt werden, daß die die Dienstaufsicht führenden Beamten nicht bei der Berathung und Abstimmung zugegen sein dürfen.

— Die Kommission des Reichstags für das Wehrpflichtgesetz beschloß zu § 13 der Vorlage noch einen Zusatz, wonach die Zahl der zur ersten Uebung einzuberufenden Mannschaften der Ersatzreserve durch den Reichshaushaltsetat festgestellt wird. Ferner soll die Heranziehung zur ersten Uebung der Regel nach innerhalb eines Jahres der Ueberweisung zur Ersatzreserve und die Bekanntmachung des Gestellungstages jedesmal bis 15. Juli erfolgen. Mit diesen und zwei anderen, wenig erheblichen Änderungen wurde das Gesetz in der Schlussabstimmung einstimmig angenommen.

— Wie es heißt, ist zum Nachfolger des deutschen Gesandten in Brüssel, Grafen Brandenburg, der wegen hohen Alters in den Ruhestand trat, der bisherige deutsche Gesandte in Washington, v. Alvensleben, ausersehen.

— Zum Mitglied der technischen Kommission für Seeschiffahrt ist an Stelle des im Frühjahr verstorbenen Hargreaves jetzt Kirchenpaur, Sohn des verstorbenen ersten Bürgermeisters zu Hamburg, ernannt worden.

— Der sächsische Stabsarzt Dr. Ludwig Wolf, der

zu unsern hervorragendsten Afrika-Reisenden gehört und zur Zeit zum hiesigen Auswärtigen Amte kommandirt ist, um seine im Auftrage des Amtes demnächst auszuführende wissenschaftliche Erforschung des deutschen Togo-gebiets vorzubereiten, wird sich in diesen Tagen über Brüssel und Lissabon nach Madeira begeben, um dort mit seinem früheren Reisegefährten, Premierlieutenant Wisman, zusammenzutreffen und sich mit ihm wegen seiner weiteren Forschungen zu besprechen. Sein Reisebegleiter, der frühere Schiffszimmermeister und mehrjährige Leiter der Station Luluaburg in Centralafrika, Buslay, ist bereits nach Monrovia vorausgeleitet, um dort die für die Reise erforderlichen Mannschaften und Träger anzuwerben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. Jan. Seit langer Zeit hat kein im Reichsrath eingebrachter Gesetzesentwurf die Gemüther so erregt und eine durch so weite Kreise gehende Bewegung hervorgerufen, wie der Schulantrag des Fürsten Liechtenstein. Bei den Liberalen ist eine stürmische Agitation gegen den Antrag im Gange, der sich gestern auch das Plenum des Wiener Gemeinderaths angeschlossen. Der Wiener Gemeinderath beschloß mit 74 gegen 2 Stimmen, scharfen Einspruch gegen den Antrag zu erheben. Ebenso beschloßen die Vorstadtvorkommnisse Proteste; auch in den Provinzen macht sich eine starke Bewegung in diesem Sinne bemerkbar. Fürst Liechtenstein erklärte durch das „Graz Volksblatt“, er habe gehofft, daß die Deutsch-liberalen sich nicht unbedingt ablehnend verhalten würden; nunmehr müßten die Liberalen rückhaltlos mit den Slaven gehen, um die Macht des kirchenfeindlichen Liberalismus zu brechen. Der Exekutivanschuß der Rechten dürfte einem Beschluß des Hohenwart-Klubs, wonach der Antrag Liechtenstein einem verstärkten Schulausschuße zuzuweisen sei, beistimmen. Die Linke verlangt dagegen Abweisung des Antrages in erster Lesung. Die Regierungsblätter erklären, wie schon erwähnt, den Antrag für eine Verfassungsänderung. Die Slaven erklärten, für den Antrag nur zu stimmen, falls der Zusatz aufgenommen werde, daß der Volksschulunterricht in der Muttersprache erfolge, behufs Slovenisirung von Südböhmern und Kärnten. Ueberwiegend nimmt man an, daß der Antrag nicht erst einer Kommission überwiesen, sondern gleich in erster Lesung abgelehnt werden wird.

Belgien.

Brüssel, 29. Jan. Der „Nord“ veröffentlicht einen Artikel über die politische Lage, in welchem er sich entsprechend der in der russischen Regierungspresse herrschenden Stimmung ziemlich friedliebend ausspricht, aber im Uebrigen Nichtiges und Unrichtiges recht bunt durcheinander mischt und Behauptungen aufstellt, die zu beweisen ihm sehr schwer fallen würde. Der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ und dem „Frankfurter Journal“ gehen telegraphische Auszüge aus dem Artikel zu. Darnach sagt der „Nord“, daß das Mißtrauen, welches die deutsche und österreichische Presse den friedlichen Erklärungen der Petersburger Regierung entgegenbringe, nicht gerechtfertigt sei und schließlich in Rußland die Ueberzeugung wachrufen müsse, daß es sich den maßgebenden Kreisen in Wien und Berlin bloß um die Erhaltung der Billen in erregter Stimmung handle, sowie daß man in Wien zu irgend einem Zwecke eine kriegerische Stimmung brauche. Wenn die österreichische Presse an Rußland das Ansinnen stelle, durch Thaten seine Friedensliebe zu beweisen, so müsse darauf erwidert werden, daß Rußland bisher nichts unternommen hat, was den Frieden hätte stören können. Alle Fachmänner hätten darin übereingestimmt, daß die an den Grenzen befindlichen russischen Truppen sich zu keinem Angriffe eignen. Im Grunde genommen, hätte Rußland weit mehr Ursache, mißtrauisch auf die sogenannte Friedensliga hinzusehen, als diese auf die Vorgänge an der Newa, denn es werde immer klarer, daß Oesterreich, gestützt auf Deutschland und Italien, sich den überwiegenden Einfluß auf der Balkan-Halbinsel auf Kosten Rußlands sichern wolle. So werde König Milan von Wien aus unangesezt beeinflusst, und so oft die wahre Volksstimmung in Serbien ein Rußland freundlich gesinntes Ministerium in Belgrad an das Ruder bringe, würden von Wien aus Intriguen in Scene gesetzt, welche den Sturz des russenfreundlichen Kabinetts hervorbrufen. Bezüglich der Verknüpfung der bosnischen Frage mit der bulgarischen erklärt der „Nord“, Rußland wolle keineswegs die gesegnete Stellung Oesterreichs in Bosnien und der Herzegowina in Frage stellen. Es sei aber kein Geheimniß, daß Oesterreich, welches bloß das Befetzungs- und Verwaltungsrecht besitzt, an die Annexion der beiden Provinzen denke. Es gäbe sogar Leute, welche behaupten, daß Oesterreich seine Blicke weit über die Herzegowina hinaus richte. So lange nun Graf Kalnoth nicht das

Segenheil feierlich versichert, sei es nothwendig, zu konstatiren, daß diesen Wünschen Oesterreichs das Interesse Rußlands entgegenstehe. Nicht minder sei es gewiß, daß Italien dem Prinzen von Koburg nicht unfreundlich gesinnt ist. Schließlich sagt der „Nord“, daß die Politik des Königs Karl von Rumänien von Berlin aus beeinflusst wird, so daß auch in Bukarest, entgegen der dortigen Volksstimmung, antirussische Politik gemacht wird. Die Reise des Ministers Sturdza nach Friedrichsruhe sei nicht darnach angethan, in Rußland besonders angenehm zu berühren. Rußland tröste sich aber damit, daß die Volksstimmung auf der Balkan-Halbinsel mit der Politik der leitenden Kreise nicht übereinstimme, was eine antirussische Politik auf die Dauer unmöglich mache.

Es muß befremden — die Richtigkeit der telegraphischen Analysen aus dem Artikel des „Nord“ vorausgesetzt — in einem in der Tagespresse so angesehenen Organ wie der „Nord“ derartige unerwiesene und, wie man wohl hinzufügen muß, auch unerweisbare Verdächtigungen zu finden. Bei der Ministerkrise in Belgrad handelte es sich um innere serbische Vorgänge; die Wiener Blätter werden auf die Unterstellung, Oesterreich habe dabei seine Hand im Spiele gehabt, die Antwort wahrscheinlich nicht schuldig bleiben. Mit der Behauptung des „Nord“, Oesterreich verhindere die Existenz eines russenfreundlichen Kabinetts in Belgrad, steht die weitere Behauptung, daß der König von Rumänien Berliner Einflüssen gehorche, indem er antirussische Politik treibt, dem Werthe nach auf der gleichen Stufe. Derartige Darstellungen der politischen Lage in einem Blatte wie dem „Nord“ sind jedenfalls nicht dazu angethan, das Vertrauen in eine glatte Entwicklung der schwebenden Fragen zu unterstützen.

Italien.

Rom, 29. Jan. Nachrichten aus Massauah zufolge verlegte der Negus sein Lager von Abua nach Gundet, zwei Tagereisen nördlich von Abua. Ras Alula befindet sich im Gefolge des Negus.

Spanien.

Madrid, 29. Jan. Die Königin Isabella ist gestern über Sevilla nach dem Auslande abgereist; die Königin-Regentin und die Minister gaben ihr das Geleit nach dem Bahnhofe.

Großbritannien.

London, 28. Jan. Dr. Mackenzie ist heute früh nach San Remo abgereist.

Schweden und Norwegen.

Stockholm, 29. Jan. Erzbischof Sundberg hat den Auftrag, ein neues Ministerium zu bilden, abgelehnt.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Harder in Karlsruhe.

Neueste Telegramme.

Madrid, 29. Jan. In der Deputirtenkammer erwähnte der Minister des Aeußeren, Moret, die Erhöhung der spanischen Gesandtschaften zu Botschaften und erklärte, Spanien suche dabei keine eitle Genugthuung, sondern die Mächte, welche das Emporkommen Spaniens anerkannt hätten, wollten dem Lande Beweise ihrer Sympathie geben.

St. Petersburg, 29. Jan. Das neue Petroleumsteuergesetz bestimmte, daß die Steuer bei dem Export in das Ausland zurückzahlen ist. Nach einer solchen erlassenen Verordnung darf Petroleum unter Beobachtung gewisser Formalitäten über die Hafenzollämter und mehrere Zollämter an der Westgrenze auch unversteuert exportirt werden. — Der chinesische Gesandte Hung Suen ist gestern in das Ausland abgereist. — Bei dem österreichisch-ungarischen Botschafter fand gestern ein diplomatisches Diner statt, an welchem auch der Minister v. Giers Theil nahm. — Der „Svet“ bestätigt, daß bei der Landung der Insurgenten bei Burgas Naboloff, Kapitschitsch und 13 Montenegroer gefallen seien. 32 Insurgenten seien in Konstantinopel internirt worden.

Philippopol, 29. Jan. (Telegramm der „Agence Havas“.) Prinz Ferdinand wohnte heute dem Gottesdienste in der Moschee bei und erwiderte auf eine an ihn gerichtete Ansprache, er werde dafür Sorge tragen, daß die muslimanische Bevölkerung entsprechend den Wünschen des Sultans begünstigt und gefördert werde. Nach dem Gottesdienste brachten viele vornehme Türken dem Prinzen prächtig gestickte Stoffe dar.

Athen, 29. Jan. (Telegramm der „Agence Havas“.) Die griechisch-rumänischen Differenzen sind infolge von Maßnahmen des rumänischen Gesandten und der Annahme der griechischen Note, die früher verweigert worden war, beigelegt. Der griechische Gesandte in Bukarest begibt sich demnächst dorthin, um über eine Konsular- und Handelskonvention zu verhandeln.

